



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 28.06.2017
ts

Ehe für Alle - Eine Frage der Menschenrechte

Der Deutsche Bundestag hat in seiner letzten Sitzungswoche der 18. Wahlperiode ein lange gegebenes Versprechen eingelöst und die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare vollständig geöffnet. Für die SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner nicht nur ein überfälliger Schritt, sondern auch eine Frage grundlegender Menschenrechte.

Unsere Verfassung garantiert jeder Bürgerin und jedem Bürger, dass er so leben darf, wie er oder sie es möchte. Im Artikel 3 des Grundgesetzes ist klar festgeschrieben, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und dass niemand wegen seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden darf. Dennoch konnte auf Druck der CDU/CSU anstelle einer wahren Gleichberechtigung, lediglich eine eingetragene Partnerschaft eingeführt werden, die gleichgeschlechtliche Paare noch immer gegenüber heterosexuellen Paaren benachteiligt. *„Diesen Ungleichbehandlung haben wir nun korrigiert und kommen unserer gesetzlichen und moralischen Verpflichtung nach“*, so die SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner, die auch Mitglied im Menschenrechtsausschuss ist.

Den Vorwurf der CDU/CSU dieses Gesetzesvorhaben überstürzt durchbringen zu wollen, lässt die SPD-Politikerin nicht gelten. Bereits im Koalitionsvertrag 2013 hat die SPD verhandelt, Diskriminierungen und rechtliche Benachteiligungen für gleichgeschlechtliche Paare abzubauen. Im Koalitionsvertrag ist aber auch festgeschrieben, dass bei Uneinigkeit ein Vorhaben ruhen muss und nicht vorangetrieben werden darf. Darauf hat sich die Bundeskanzlerin berufen und sich stets gegen eine Öffnung der Ehe oder sonstige rechtliche Verbesserungen entschieden. Entgegen der überwältigenden Stimmung in der Bevölkerung für die Öffnung, hat sich die CDU/CSU der politischen Entscheidung verweigert.

Nachdem sich alle im Bundestag vertretenen Fraktionen, außer der CDU/CSU zugunsten der Ehe für Alle ausgesprochen haben, hat die Bundeskanzlerin ihre bisherige Blockade aufgegeben. *„Angela Merkels Kurswechsel durfte nicht nur im Brigitte-Interview stattfinden, sondern gehörte in den Bundestag“*, fordert die SPD-Bundestagsabgeordnete.

Das nun beschlossene Gesetz wird den Ehebegriff erweitern und somit eine vollständige Gleichstellung ohne Diskriminierung und ohne Einschränkungen ermöglichen. *„Mir ist bewusst, dass dieses Thema sehr emotional ist und die Menschen bei uns im Land beschäftigt. Aber letztendlich muss man feststellen, dass dieses Gesetz Niemandem etwas wegnimmt, sondern vielen Menschen vieles gibt“*, hebt die Abgeordnete hervor. Abschließend gibt Angelika Glöckner zu bedenken, *„dass Menschen sehr unterschiedlich sind und dass es gleichgeschlechtliche Liebe überall gibt – in jedem Dorf und in jeder Stadt. Sie sind Freunde und Familie und sie verdienen Respekt und Unterstützung.“* Diese Tatsache überbrückt nicht nur Parteigrenzen, sondern macht eine Gesellschaft stärker.